

DIE LINKE
Bundesgeschäftsstelle

DIE LINKE.

DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

animal public e.V.
Postfach 11 01 21
40501 Düsseldorf

Per Mail: info@animal-public.de

Helge Meves
Bereich Strategie & Grundsatzfragen
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Postanschrift:
Postfach 21 100, 10178 Berlin

Telefon: 030 2 40 09-353
Telefax: 030 2 41 10 46

wahlprüfsteine@die-linke.de
helge.meves@die-linke.de
www.helgemeves.de
www.die-linke.de

Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 13 22 57 31
BLZ 100 500 00

IBAN: DE96 1005 0000 0013 225731
BIC: BELADEVB33XXX

Wahlprüfsteine Wahl zum Europäischen Parlament 2019

Berlin, den 15. April 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019 und heute sende ich Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen gerne zu.

Hochachtungsvoll und mit freundlichen Grüßen

Helge Meves

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass sich der Status für Tiere als empfindungsfähige Lebewesen in Verordnungen und Richtlinien der EU deutlicher niederschlägt? Wenn ja, wie?

Ja, DIE LINKE fordert verbindliche Tierschutzvorschriften und Kontrollen der Einhaltung in der EU. In einer zukünftigen europäischen Verfassung sollen die Rechte von Tieren konkret verankert werden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, den Tierschutz als ein wesentliches und eigenständiges Politikfeld anzuerkennen (ähnlich wie z.B. beim Umweltschutz)?

Ja. In den Strukturen der Partei DIE LINKE ist Tierschutz längst als eigenes politisches Feld anerkannt, so gibt es in unserer Bundestagsfraktion zum Beispiel eine tierschutzpolitische Sprecherin (Amira Mohamed Ali, MdB).

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, ein EU-weites Tierschutzrahmengesetz auf den Weg zu bringen?

Ja, die Partei DIE LINKE fordert verbindliche Tierschutzvorschriften auf EU-Ebene.

Wird sich Ihre Partei für ein Ende des kommerziellen Handels mit Wildfängen einsetzen?

Ja. Auf gewerblichen Tierbörsen floriert das Geschäft insbesondere mit exotischen Tierarten. In Deutschland werden jährlich unzählige Tiere auf diesen Börsen angeboten. Oftmals werden sie in engen Behältnissen zur Schau gestellt und sind den unterschiedlichsten Stressfaktoren ausgesetzt. Bei den auf Tierbörsen angebotenen Exoten handelt es sich oftmals nicht um Zuchttiere sondern um sogenannte Wildfänge. Somit bedroht der Fang von Wildtieren für den Heimtiermarkt auch das Überleben von Wildbeständen in deren Herkunftsländern und geht einher mit hoher Sterblichkeit bei Fang, Transport und in Gefangenschaft. Wir fordern daher schon lange ein Verbot des Handels mit Wildfängen.

Werden Sie sich für eine europaweite Positivliste einsetzen, so dass zukünftig nur solche Tierarten privat gehalten werden dürfen, deren tierschutzgerechte Haltung in Privathand möglich ist, die keine Gefahr für unbeteiligte Dritte darstellen und die keine potentiell invasiven Arten sind?

Ja. DIE LINKE fordert schon seit längerem die Einführung einer Positivliste für Tiere, die im Privathaushalt gehalten werden können. Eine solche Liste sollte selbstverständlich auch Kriterien des Tier-, Natur- und Artenschutzes sowie des möglichen Gefahrenpotentials gegenüber Menschen und anderen Tieren berücksichtigen.

Werden Sie sich für die Einführung eines Gesetzes einsetzen, das den Handel mit Tierarten, die nationalrechtlich unter Schutz stehen und nicht legal exportiert wurden, unter Strafe stellt, vergleichbar mit dem Lacey Act?

Ja. DIE LINKE lehnt jeglichen Export von unter Schutz stehenden Tieren ab, der nicht dem Zwecke des Artenerhalts dient (Zucht).

Strebt Ihre Partei eine Vereinheitlichung des Jagdrechts in der EU an, um den Schutz der Wildtiere von quälerischen Jagdpraktiken zu verbessern?

Ja. Quälerische Jagdpraktiken lehnen wir generell ab. Angesichts der vielfältigen Agrarökosysteme und Wildtierarten kann eine Harmonisierung der EU-Jagd-Politik Grundsätze regeln, wie die Definition von Hegezielen für gesunde, standortangepasste Wildbestände, tierschutzgerechte Jagdmethoden und naturnahe Waldbewirtschaftung einschließlich des Prinzips Wald und Wild (Wild als Teil des Ökosystems) und sozial nicht ausgrenzender Teilhabe an der Jagdausübung. Auch eine Überwindung der sektoralen Sicht auf Agrar-, Forst- und Jagdpolitik in der EU könnte für den Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Flächennutzenden sehr hilfreich sein.

Spricht sich Ihre Partei für ein generelles Verbot des Abschusses von Zugvögeln aus? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Wolf streng geschützt bleibt und der Abschuss verboten?

Ja, DIE LINKE setzt sich für ein generelles und konsequent durchgesetztes Verbot des Abschusses von Zugvögeln ein, der ja auch oft die in der EU und in Deutschland mit hohem Aufwand geleisteten Naturschutzmaßnahmen konterkariert. Und ja, mit dem Wolf kehrt ein großer Beutegreifer zurück, der zu den heimischen Ökosystemen gehört und eine Funktion hat. Auch wenn damit sicher Herausforderungen sowohl im Zusammenleben in den Regionen als auch z.B. bei der Weidetierhaltung verbunden sind, ist die Diskussion über die Wolfsjagd zum Schutz der Weidetiere aktuell unnötig. Der Umgang mit „Problemwölfen“ ist geregelt und viele Weidetierhalter*innen hatten schon lange vor der Rückkehr des Wolfes existenzielle Probleme, weil ihre gesellschaftlich gewollte Arbeit nicht oder nicht fair bezahlt wird. Ein Rechtsanspruch auf angemessene Unterstützung beim Herdenschutz sowie auf angemessenen Schadensausgleich ist deshalb umso dringender. DIE LINKE fordert seit Jahren eine rechtssichere, bundeseinheitliche und umfassende Förderung von Herdenschutzmaßnahmen inklusive Beratung. Außerdem setzt sich DIE LINKE für eine Weidetierprämie und ein Herdenschutzkompetenzzentrum des Bundes, gern auch in enger Zusammenarbeit mit den Ländern, ein.

Die EU-Staaten haben sich zu einem gemeinsamen Vorgehen zum Import von Jagdtrophäen geeinigt. Wird sich Ihre Partei für ein Importverbot von Jagdtrophäen geschützter Tiere einsetzen?

Ja, DIE LINKE setzt sich für ein Importverbot von Jagdtrophäen ein.

Wird sich Ihre Partei für ein EU-weites Pelztierfarmverbot einsetzen? Wenn ja, wie?

Ja. DIE LINKE setzt sich bereits seit einigen Jahren für ein Verbot der Pelztierhaltung ein, das heißt für ein Verbot von Pelztierfarmen sowie der Haltung von Pelztieren als Nutztiere. Bei einem sofortigen Verbot der Pelzfarmen wäre der Verbleib der Tiere jedoch ungewiss. Daher fordert DIE LINKE ein Verbot der Pelztierhaltung mit einer Übergangsfrist von maximal zwei Jahren. Um ein solches Verbot allerdings wirksam umsetzen zu können, bedarf es auch des Verbots des Handels mit Nebenprodukten der Pelzproduktion – etwa des Nerzöls für Kosmetika. Ein solches Verbot ist im Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetz zu verankern. Auch hierfür tritt DIE LINKE ein.

Wird sich Ihre Partei für eine erweiterte Kennzeichnungspflicht von Pelzen, die Tierart, Herkunftsland und "Produktion" des Pelzes klar benennt, einsetzen?

Ja. DIE LINKE unterstützt die Kennzeichnung sowie die Kontrolle von Artikeln, in denen Pelz oder Kunstpelz verarbeitet wurde.

Lehnt Ihre Partei den Handel mit Elfenbein ab? Wenn nein, warum?

Ja, DIE LINKE lehnt den Elfenbeinhandel entschieden ab.

Setzt sich Ihre Partei aktiv für ein Verbot des Handels mit Elfenbein in der EU ein? Wenn ja, wie?

Ja. DIE LINKE unterstützt die Forderung, sich auf europäischer Ebene für ein Elfenbeinhandelsverbot sowie für die Schließung nationaler Elfenbeinmärkte einzusetzen. Durch den teils legalen Handel mit Altelfenbein oder beschlagnahmtem Elfenbein wächst die Nachfrage und das Risiko steigt, dass dadurch gewildertes Elfenbein in den legalen Handel eingeschleust wird. Daher fordern wir ein umfassendes Handelsverbot mit Elfenbein in der EU.

Setzt sich Ihre Partei für eine Präzisierung (im Sinne von Verbesserungen der Haltungsbedingungen für Zootiere nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft) der EU-Zoorichtlinie ein? Wenn ja, wie?

Ja. DIE LINKE setzt sich für eine Aktualisierung der Zoorichtlinie 1999/22/EG ein. Die Haltungsbedingungen in zoologischen Einrichtungen sollen sich unserer Meinung nach stärker an natürlichen Lebensbedingungen und am Tierwohl orientieren.

Setzt sich Ihre Partei für ein Ende der Haltung von Walen und Delfinen in Gefangenschaft ein? Wenn ja, wie?

Ja, DIE LINKE setzt sich für ein Verbot der Haltung von Meeressäugern in Delfinarien ein. Ein bedeutender Teil der wissenschaftlichen Literatur zeigt auf, dass deren Haltung in Bassins tiergerecht nicht möglich ist.

Befürworten Sie die Anerkennung der Grundrechte Großer Menschenaffen?

Wir befürworten die Stärkung der Rechte Großer Menschenaffen. Ihr rechtlicher Status ist u. E. dennoch von dem der Menschen zu unterscheiden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Tierversuche generell stärker zu reglementieren? Wenn ja, wie?

Ja, DIE LINKE setzt sich dafür ein, Tierversuche stärker zu reglementieren. Unter anderem setzen wir uns dafür ein, dass die derzeit gültige Ausnahmeklausel der Richtlinie 2010/63/EU gestrichen wird. Darüber hinaus fordern wir ein sofortiges Verbot von Tierversuchen an Primaten.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Anzahl an Tierversuchen zu verringern? Wenn ja, wie?

Ja, DIE LINKE strebt eine generelle Abkehr von Tierversuchen und den Ersatz von Tierversuchen durch alternative Methoden an. Als erstes sind die mit starken und nicht zu lindernden Schmerzen sowie langanhaltenden Leiden verbundenen Versuche zu unterbinden. Dies wollen wir durch eine Änderung der EU-Richtlinie 2010/63/EU erreichen. Des Weiteren ist für das Erreichen des langfristigen Ziels eine Förderung der tierversuchsfreien Forschung erforderlich.

Wird sich Ihre Partei für das Vorankommen einer tierversuchsfreien Forschung (Förderung von Alternativmethoden zum Tierversuch) einsetzen? Wenn ja, wie?

Ja, siehe dazu die Antwort auf die vorhergehende Frage.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Tierversuchen für Haushaltsmittel einsetzen?

Ja. Wir wollen, dass die Mitgliedsstaaten einen verbindlichen Anteil ihres Forschungsbudgets in die Entwicklung tierversuchsfreier Forschungs- und Ausbildungsmethoden investieren. Dafür ist eine Änderung des Artikel 47 der EU-Tierversuchsrichtlinie per Mehrheitsbeschluss im EU-Parlament erforderlich.

Wird sich Ihre Partei für ein generelles Verbot von Tierversuchen mit dem Schweregrad 3 (schwer) ohne Ausnahmen einsetzen?

Ja, siehe dazu die Antworten auf die vorhergehenden Fragen.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Tierversuchen an Primaten einsetzen?

Ja, siehe dazu die Antworten auf die vorhergehenden Fragen.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot gefährlicher Pestizide einsetzen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Ja. DIE LINKE setzt sich generell für eine Minimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln ein und dafür, dass gefährliche Wirkstoffe und Pflanzenschutzmittel gar nicht erst zugelassen werden. Dafür muss das Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffe auf EU-Ebene deutlich verbessert werden. Es muss unabhängig, transparent und alle Risiken umfassend erfolgen. Die unabhängigen Studien zur Gefahren-/Risikobewertung sollen über einen Fonds der Antragstellenden finanziert werden und nicht nur kurzfristige Wirkungen, sondern z. B. auch langfristige und kumulative sowie subklinische Wirkungen von Wirkstoffen erfassen sowie Beistoffe, Ausbringungstechnik, Abdriftverhalten und Wirkungen auf die biologische Vielfalt einschließen. Gemäß Vorsorgegrundsatz dürfen nur Wirkstoffe und Pflanzenschutzmittel zugelassen werden, die für Mensch, Tier und Umwelt ungefährlich sind.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Glyphosat in Zukunft nicht mehr von der EU zugelassen wird?

Ja. DIE LINKE hält die gesundheitlichen und ökologischen Risiken von Glyphosat für nicht ausgeräumt und hat deshalb gemäß des Vorsorgegrundsatzes die erneute Zulassung abgelehnt. Zuletzt haben die

Geschworenen des Bundesbezirksgerichts in San Francisco einstimmig einen Zusammenhang zwischen einer Krebserkrankung des Klägers und Glyphosat bestätigt. Das zu ignorieren wäre nicht nur fahrlässig, sondern würde den Vorsorgegrundsatz als hohes Rechtsgut der EU verletzen. DIE LINKE fordert schon sehr lange, dass die Anwendung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel schnellstmöglich verboten und bis dahin mit Sofortmaßnahmen drastisch reduziert wird, z.B. durch ein vollständiges Verbot der Vorerntebehandlung als direkten Eintrag in die Nahrungskette, großflächiger Stoppelbehandlungen, der Anwendung auf öffentlichen Flächen, des Verkaufs an Private und im Internet sowie ein Werbeverbot.

Abschließende Frage

Welche tierschutzrelevanten Themen – außer den bereits angesprochenen – sind Ihrer Meinung nach besonders wichtig, und welche Initiativen werden Sie dazu in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringen?

Den Tierschutz in der EU findet die Partei DIE LINKE mangelhaft: Neben der Tatsache, dass noch immer mehr Tierversuche durchgeführt werden als notwendig, findet sich in den Mitgliedsstaaten – auch in Deutschland – massenhaft nicht tiergerechte Haltung. Produkte aus tierquälerischer Haltung oder von aus der Natur entnommenen Wildtieren werden weiter importiert. Ausschlaggebend dafür sind wirtschaftliche Interessen. Die Schäden an Tier, Natur und Umwelt sind hingegen in keiner Rechnung aufgelistet. Deshalb setzt sich DIE LINKE in Europa für verbindliche Tierschutzvorschriften und Kontrollen der Einhaltung ein. Wir fordern darüber hinaus tiergerechte und ethisch vertretbare Haltungs- und Transportbedingungen für Nutztiere und die Stärkung regionaler Vermarktungskreisläufe. Die industrielle Tierhaltung muss nach unserer Auffassung durch umwelt- und ressourcenschonende Haltungsformen ersetzt werden. Wir setzen uns des Weiteren für ein EU-weites Tierschutzsiegel sowie eine einheitliche Kennzeichnung von veganen und vegetarischen Lebensmitteln im Einzelhandel ein. Tierschutzverbände sollen in der EU ein Verbandsklagerecht erhalten. In einer zukünftigen europäischen Verfassung sollen die Rechte von Tieren verankert werden.